

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21238

Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852

Dankkonto: Dank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen, Neue Graupenstraße 5 und Friedr. Schlegel-Str. 105, Wallthausstraße 100, sowie durch alle Ausdräcker zu beziehen. Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägergebühren monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einfl. Zustellungsgebühren 2,48 Rmt.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 20 W. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Verleumdungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Bezirksparteitag billigt die Politik der Reichstagsfraktion

Der Bezirksparteitag der SPD. Mittelschlesien nimmt mit erheblicher Mehrheit eine Entschliessung an, in der die Politik der Reichstagsfraktion gebilligt wird

Der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Mittelschlesien hat nach einem Referat des Genossen Paul Löbe und eingehender Aussprache folgende Entschliessung mit großer Mehrheit angenommen:

Der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Mittelschlesien, Bezirk Mittelschlesien, hält den Kampf für die Erhaltung der Demokratie, die Abwehr der faschistischen Gefahr und der kapitalistisch-faschistischen Anschläge gegen die Lebenshaltung der Arbeiterklasse für die dringendste Gegenwartsaufgabe. Nur wenn diese Aufgabe erfolgreich gelöst wird, ist nach Überwindung der Wirtschaftskrise der neue, soziale und politische Aufstieg der Arbeiterklasse möglich, nur dann wird der Kampf um die Umgestaltung der kapitalistischen in die sozialistische Republik mit Erfolg aufgenommen werden können.

Der Bezirksparteitag ist der Auffassung, daß die Politik der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Bundtagsfraktion diesen Gesichtspunkten Rechnung getragen hat. In ihnen lagen die Gründe für die Politik der Reichstagsfraktion und der Bundtagsfraktion, in ihnen liegen auch ihre Grenzen. Der Parteitag ist der Überzeugung, daß durch die Politik unserer Fraktionen schwere Gefahren abgewendet worden sind, die nach der Wahlüberlage der Sozialdemokratie vom 14. September die Arbeiterklasse bedrohten. Er billigt in der gegenwärtigen Lage die Politik, die sich auf das Hauptziel konzentriert hat, die Machtergreifung des Faschismus zu verhindern.

Der Bezirksparteitag hält das geschlossene Auftreten aller sozialdemokratischen Fraktionen vor allem in der jetzigen gefährlichen Zeit, für eine unentbehrliche Voraussetzung der erfolgreichen Durchführung jeder sozialdemokratischen Aktion. Die Meinungsfreiheit und die Freiheit der Auseinandersetzung im Rahmen der Sozialdemokratischen Partei ist ein ebenso hohes Gut, wie die seit jeher verlangte Einmütigkeit der Abstimmung und jeden anderen Handelns. Der Bezirksparteitag billigt, daß neue Mitglieder der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen diesen Grundgedanken und abweichend von der Reichstagsfraktion gestimmt haben. Er erwartet, daß der Reichsparteitag Sicherung in der Zukunft durch die ein geschlossenes Stimmen der sozialdemokratischen Fraktionen in Zukunft gewährleistet wird.

Der Bezirksparteitag gelobt im Namen der mittelschlesischen Sozialdemokratie, den Kampf für die Demokratie, gegen den Faschismus und für die Rechte und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse mit voller Energie und Einmütigkeit fortzuführen.

Reichstagspräsident Paul Löbe

Rede über die politische Lage. Als Motto stellte er seinen Ausführungen die Lösung des vorausgehenden Liedes voran: „Wächter, in eins nun die Hände!“ Als Worte wissen wir, daß sich unsere politische Tätigkeit vor einem wirtschaftlichen Hintergrund abspielt. Wenn heute alle Welt voll politischer Krisen ist, dann sind diese der Reflex der großen wirtschaftlichen Schütterungen, die mit fast gleicher Stärke in allen Staaten üben. In diesen Erschütterungen erblicken manche die Endkrise des Kapitalismus, während andere glauben, daß die Krise wieder überwunden ist. Diese verschiedenen Meinungen ist nicht nur bei uns vorhanden, sondern auch in den Reihen der bürgerlichen Nationalistinnen. Wir kennen die allgemeinen Ursachen der Wirtschaftskrisen und ebenso die temporären Ursachen der heute besonders schweren Krise, die Kriegsfolgen, die erst Europa, dann die ganze Welt überfluteten. Die dauernden Ursachen der Krise liegen in der Verbesserung der Arbeitsmethoden und der Technik, die die Kaufkraft nicht gefolgt ist. Bei uns wie außerhalb unserer Partei fragt man also, ob es die Endkrise oder eine vorübergehende Krise ist. Bürgerliche Defektoren weisen neben den Millionen-Arbeitslosen darauf hin, daß noch 34 Millionen arbeiten. Sie weisen auf den Ueberfluß der Arbeitskraft, der sich in den Sparkassen zeigt, wo doch nicht die reichen Leute ihr Geld anlegen. In den acht Jahren nach der Inflation sind 10,7 Milliarden neu in Sparkassen eingezahlt worden. Auch die Kapitalbildung machte Fortschritte, denn in den letzten Jahren sind 12 1/2 Milliarden in Hypotheken angelegt worden. In Deutschland ist zwar genügend Kapital vorhanden, jedoch wir brauchen Kapital, doch eine Gefahr liegt nur in den kurzfristigen Krediten, die eine Drahtklinge darstellen, die jederzeit ausgehen werden kann. Die Tatsache, daß nach der Wahl vom 14. September von 7 Milliarden Auslandskrediten 2 Milliarden zurückgezogen wurden, hat die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland um 1 Million erhöht. Dagegen sind langfristige Auslandskredite keine Gefahr. Alle Länder brauchen sie und das Geschäft mit Rußland bedeutet doch nur daß wir Rußland Kredit in Form von Waren gewähren sollen. Weiter wird darauf verwiesen, daß sich gleich schwere Krisen seit 1806/07 nach allen Krisen gezeigt haben, und daß sich bereits verschiedene Einzelheiten der Welt zeigen.

Demgegenüber glauben andere bürgerliche Kreise an die Endkrise des Kapitalismus, aus der es kein Entkommen gibt. So die Techniker auf der Weltkongressen in Berlin. Sie sagten: Wir haben der Menschheit die Mittel gegeben, das Leben zu verbessern, Wind, Dampf, Wasser, Dampf, Elektrizität und den Exploimotor. Die Privatwirtschaft hat sich dieser Mittel bedient, aber die Staatsmänner haben versagt. In Ermangelung einer planmäßigen wirtschaftsweise sind alle Erfindungen zu einer Erschwerung für das Leben geworden.

Genosse Löbe selbst glaubt, daß die Krise des Kapitalismus entgegengekommen, daß die kapitalistische Wirtschaft trotz vorübergehender Erleichterung zur Überwindung der Krise nicht mehr in der Lage ist. In Westeuropa ist jedoch die Überwindung des Kapitalismus nur möglich auf dem Wege der Demokratie. Die Herrschaft der Mehrheit des Volkes garantiert eine Lösung im Interesse der Mehrheit des Volkes. Deshalb haben wir die Aufrüttelung der Geister zur Erreichung der Mehrheit immer als unsere Hauptaufgabe angesehen. Und die Massen haben ihre erhobten Rechte selbst in schwerster Zeit zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zu bewegen gewußt. Deshalb fordern wir die anderen über den „Luzus“ im Lande. Wenn die Arbeiterklasse Häuser bauen, Genußheime und Erholungsheime errichten, ist das Luzus. So lange sich die Besitzenden allein solcher Einrichtungen bedienen konnten, war es kein Luzus, nur heute ist es untragbar geworden. Derselbe beim Wohnungsbau. Ein paar Millionen Menschen sind aus den elendesten Höhlen herausgeholt worden, deshalb schreit der Kapitalismus über „Luzus“ bei den Kapitalisten sind Villen und dergleichen ge... selbstverständlich. Luzus ist es nur, daß auch die ärmere Bevölkerung gesund wohnen will. Solange Stadions, Badeanstalten und Spielplätze nur den besitzenden Klassen dienen, waren sie kein Luzus, Luzus aber sind sie geworden, seit sich die Massen auf ihnen zu tummeln anfangen. Urlaub und Ferientagen, Volksbühnen, Theater, Konzerte, alles ist „Luzus“ geworden, seit so etwas auch für die Arbeiterklasse existiert. Diese Kritik der Kapitalisten beweist, daß das Volk seine erlängten Rechte ausnutzt. Weil wir oft in unserer eigenen Kritik vergessen, was erreicht wurde, gilt es darauf hinzuweisen, was wir verlieren würden, wenn unsere demokratischen Rechte durch die Anhänger der Diktatur verstimmt würden.

Die Lösung sind in Zeiten der Krisen immer herabgedrückt worden, ein so radikales Abwasch wie ihn die Kapitalisten wollen, ist bisher verhindert worden. Unser Kampf für die Demokratie ist Kampf für den sozialen Fortschritt und nicht nur Kampf um die Staatsform.

In dem Streit um die beste Politik

Ist nach dem letzten Wahlergebnis eine Umstellung nötig geworden. Ich habe nach dem Wahlergebnis vom 14. September ein Anwachsen der antikapitalistischen Tendenzen im Parlament erhofft, da die Nationalsozialisten ihren Sieg durch eine antikapitalistische Agitation errungen hatten. Auch die proletarische Hartung so manches Gewählten ist nicht anzuzweifeln. Jetzt zeigt ein halbes Jahr positiver und negativer Politik der Nationalsozialisten, daß die Entwicklung der Hitlerpartei in der entgegen gesetzten Richtung geht. Diese Partei ist keine Feindin des Kapitalismus, sondern eine neue äußerst gefährliche, bis zum Mord reichende Form der kapitalistischen Interessensvertretung. Die gewissenlose Art des antikapitalistischen Draufgehens diente nur zur Täuschung des Spielers, um ihn (Fortsetzung siehe Beilage dritte Seite.)

Sozialistischer Wahlsieg bei Köln

Starke Rückgang der Nazis und der Volkspartei - Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie bei einer Gemeindevwahl Köln, 20. April. (Wg. Rundbericht.)

Einen glänzenden Wahlerfolg auf Kosten der Nationalsozialisten und Kommunisten errang die Sozialdemokratie am Sonntag bei den Gemeindevahlen in der Großgemeinde Weiden-Löwenich vor dem Loren Adlas. Die Sozialdemokratie konnte ihre Stimmenzahl erheblich erhöhen.

Bei 80 Prozent Wahlbeteiligung wurden abgegeben: 3716 Stimmen (bei der letzten Reichstagswahl: 4301). Es erhielten Stimmen die Sozialdemokratie 1122 (26,3), die Kommunisten 294 (7,7), die Nationalsozialisten 214 (5,7), die Deutschnationalen 160 (4,3), die Deutsche Volkspartei 130 (3,5), das Zentrum 148 (4,0), die Bürgervereinigungen (Staats- und Wirtschaftspartei) 317 (8,5). Daraus beträgt der Stimmenverlust der Nationalsozialisten 80 Prozent, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten je etwa 40 Prozent. In Mandaten erhalten die Sozialdemokraten 6, das Zentrum 9, die Nationalsozialisten, die Kommunisten und die Bürgervereinigungen je ein Mandat.

Die Entscheidung des Bezirksparteitags

A. Kr. Gestern hat der Bezirksparteitag, die höchste entscheidende Parteinstanz im Bezirk Mittelschlesien, gesprochen. Er hat nach eingehender Debatte eine Entschliessung angenommen, in der die Auffassung der Parteigenossenchaft des Bezirkes von der politischen Lage und von der Frage, welche Politik der Partei in dieser Lage die richtige, d. h. die für das Wohl der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung beste ist, niedergelegt ist.

Die in dieser Entschliessung zum Ausdruck kommende politische Auffassung ist eindeutig und klar. Die Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in den letzten sieben Monaten wird in vollem Umfange gebilligt, die Politik des zeitweisen Ausweichens, der Verteidigung der Demokratie um jeden Preis, der Verhinderung der Machtergreifung durch die Faschisten jeder Art für die Politik erklärt, die im Interesse der Arbeiterklasse liegt. Zugleich wird zum Ausdruck gebracht, daß die Parteigenossenchaft des Bezirkes die Haltung der bekannten neun Abgeordneten bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer B mißbilligt und daß sie für die Zukunft von der ganzen Reichstagsfraktion einheitliches und geschlossenes Handeln verlangt, daß sie von den Mitgliedern der Reichstagsfraktion, die einen Beschluß der Fraktion nicht billigen, fordert, daß sie sich dem Beschluß fügen und gemäß dem Beschluß sich verhalten. Es wird zum Ausdruck gebracht, daß nur durch die Geschlossenheit im Handeln, die Freiheit der Meinung nicht ausschließt, die Politik unserer Partei und Fraktion zum Erfolg geführt werden kann. Dabei wird aber die Meinungsfreiheit in der Partei nicht nur ausdrücklich zugelassen, sondern sogar gefordert, als ein hohes Gut bezeichnet.

Mit diesem Beschluß hat der Bezirksparteitag auch in vollem Umfang die politische Haltung gebilligt, die wir in diesen Spalten in den letzten Monaten eingenommen haben. Der Verlauf des Parteitags hat klar gezeigt, daß wir die Auffassung der großen Mehrheit der Parteigenossen in unserem Bezirk richtig wiedergegeben haben und daß wir uns mit unserer Beurteilung der politischen Lage und der politischen Notwendigkeiten in vollem Einklang mit der großen Mehrheit der Parteigenossen unseres Bezirkes befinden. (Wie übrigens auch mit der großen Mehrheit der Parteigenossen im ganzen Reich.)

Auch insofern hat sich der Parteitag unserer Auffassung angeschlossen, als er in seiner Entschliessung keinerlei Maßnahmen gegen die Genossen vorgelesen oder gefordert hat, die bei der bereits genannten Abstimmung im Reichstag gegen unsere Fraktion gestimmt haben. Er hat damit zu erkennen gegeben, daß auch er die größtmögliche Toleranz in der Partei selbst wünscht, wie er auf der anderen Seite allein in der Geschlossenheit des Handelns nach erfolgter Aussprache die Gewähr für die erfolgreiche Abwehr aller der Gefahren erblickt, die die Arbeiterklasse und unsere Bewegung zur Zeit besonders schwer bedrohen.

Diese erfreuliche Toleranz, diese Großzügigkeit konnte der Parteitag um so leichter zeigen, als der Parteitag sich tief davon überzeugt zeigte, daß es ja nur rein taktische Meinungsverschiedenheiten sind, die in der Partei zu Tage treten, daß aber in der politischen Grundanschauung zwischen allen Richtungen eine weitgehende Übereinstimmung herrscht.

So ist gerade diese entschiedene Betonung der Meinungsfreiheit in der Partei und der Toleranz ein Beweis der inneren Stärke unserer Bewegung gerade auch in unserem Bezirk. Daß die Bewegung in unserem Bezirk auch äußerlich kraftvoll und klar ist, zeigte die machtvolle, wundervolle Kundgebung, die nach Schluß des Parteitages durch die Straßen Schweidnits ging und an der sich viele Tausende der Bevölkerung und vor allem der Parteigenossen von Schweidnits sowohl als auch der umliegenden Städte und Dörfer beteiligten.

Endlich hat der Parteitag sich unserer Haltung auch insofern angeschlossen, als er einen Antrag, die Reichstagsfraktion aufzufordern, auf Einberufung des Reichstags zu dringen, um die letzte Notverordnung gegen die Mordbeke aufzuheben, ebenfalls mit großer Mehrheit ablehnte.

Gewiß war es ein heißes geistiges Ringen, das sich auf dem Parteitag vor unseren Augen und Ohren abspielte. Eine erregende und teilweise temperamentvolle Aussprache ging der Beschlusfassung voraus. Das ist nur natürlich. Denn die politische Lage ist sehr schwierig, die politischen Verhältnisse in Deutschland sind sehr kompliziert, die wirtschaftliche Lage ist voller Gefahren und sehr schlecht und das Gland in weiten Volksteilen sehr groß. Und so ist es verständlich, wenn viele Genossen ihren Sorgen und Nöten lebhaften Ausdruck gaben, wie es nicht leicht ist, unter diesen so überaus schwierigen Verhältnissen zu einer Entscheidung zu gelangen. Wenn aber auch diese Entscheidung erst nach langem geistigen Ringen zustande kam, so ist sie doch nicht weniger gestimmt und klar. Und daß die Debatte bisweilen recht temperamentvoll wurde, beweist ja nur, wie sehr alle unsere Genossen mit dem Herzen dabei sind, wie es ihnen allen tiefes inneres Bedürfnis ist, zu einer Politik zu kommen, die den

Gegen Mißbrauch der Notverordnung

Ein Schritt der Sozialdemokratie bei der Reichsregierung und der preussischen Regierung

Im Vorkomitee des Reichstags kürzlich darüber geurteilt wurde, ob wegen des Erlasses der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen der Reichspräsidenten werden sollte, hat sich die Sozialdemokratie ausgesprochen. Ihre Vertreter haben aber keinen Zweifel gelassen, daß die Sozialdemokratie die weitgehende Einschränkung der Versammlungs-, Presse- und Demonstrationsfreiheit in der Notverordnung vorgenommen wird, als bedenklich anseht. Sie haben gefordert, daß die Anwendung der Notverordnung sich ausschließlich auf die Bekämpfung der Nordhege und der politischen Ausschreitungen beschränken und alle anderen politischen Bestrebungen unbehelligt lassen. Die Sozialdemokratie werde deshalb — so die sozialdemokratischen Vertreter weiter aus — die Anwendung der Notverordnung sehr sorgfältige Überlegungen und von einer einwandfreien Anwendung ihrer Befugnisse abhängig machen.

Mißgriffe unserer Instanzen
bringen, mit deren Vermeidung gerechnet werden darf, die Bestimmungen eine gewisse Zeit praktisch angewendet sind. Diese Chance den staatlichen Organen bei der Bekämpfung der Situation zuzugestehen, ist auch die Sozialdemokratie bereit. Immerhin hat die bisherige Anwendung der Notverordnung leider ergeben, daß nur von vereinzelt Mißgriffen geredet werden kann. Heute festgestellt werden, daß die Notverordnung, wie den untergeordneten Organen ausgelegt wird, nicht nur die Bekämpfung der politischen Nordhege und der politischen Ausschreitungen, wie sie von den Rechtsparteien getrieben werden, sondern auch gegen die Sozialdemokratie und gegen ihre Organisationen in einer Weise angewendet worden, die Mißgriffe bei ihrem Erlass nicht in Einklang gebracht kann. Insbesondere der § 10 der Notverordnung gibt Anlaß zu Bedenken. In ihm wird bestimmt, daß öffentliche Ankündigung politischer Versammlungen nur die Genehmigung der Versammlungen erforderlichen sachlichen Angaben Ort und Zeit der Versammlung, Veranstalter, Teilnehmer, Vortraggegenstand, Aussprache und Eintrittskarten enthalten darf. Ankündigungen, in denen mehr steht, ist polizeilich beschlagnahmt werden. Diese Fassung ist allerdings nicht sehr klar. Der Sinn der Notverordnung ist die Bekämpfung der Nordhege und der Ausschreitungen im öffentlichen Leben hinaus. Darum richtet sich der Wortlaut des § 10 gegen Versammlungsankündigungen, die zum Aufheben oder geeignet sind, die öffentliche Ordnung zu gefährden oder geeignet sind, die öffentliche Ordnung zu gefährden anzureizen. Versammlungsankündigungen, die allein politischen Betätigung der Staatsbürger dienen, sind nach den Absichten beim Erlass der Notverordnung nicht unter diese Bestimmungen. Darum wird auch im § 10 Abs. 3 zwar eine Zwangsvorschrift für den Inhalt von Versammlungsankündigungen erlassen, die politische Bestrebungen zum Inhalt haben, aber als kann vorkommen, daß die Behörden gestellt. Die Prüfung über Zulässig-

keit oder Unzulässigkeit von solchen Versammlungsankündigungen ist nach den Bestimmungen der Notverordnung den unteren Polizeibehörden überlassen geblieben. Hier aber haben sich zahlreiche Polizeibehörden in Gegenjah zu dem wirklichen Sinn der Notverordnung gebracht, indem sie schamlos alle Versammlungsankündigungen verboten haben, die sich nicht formell bis zum letzten Punkt im Einklang mit den Vorschriften des § 10 Abs. 3 Satz 1 befanden, selbst wenn in ihnen keinerlei Aufforderung zu unerlaubter politischer Betätigung enthalten war. Infolgedessen haben sich unerträgliche Mißstände ergeben. So sind Versammlungsplätze verboten worden, weil sie das SA-Abzeichen enthielten. Andere wurden nicht erlaubt, weil sie den Satz aufwiesen „Alle wahlberechtigten Männer und Frauen sind herzlich eingeladen“. Auch Plakate mit den Worten „Die Einwohnerstadt wird ersucht, für einen Massenbesuch dieser so überaus wichtigen Versammlung zu sorgen“ wurden verboten. Plakate mit auffällendem Text über die Bedeutung des Internationalen Frauentages wurden nicht zugelassen, weil ihnen am Schluß eine Versammlungseinladung angefügt war. Einladungen zu einer Vorführung des Filmes „Chantale“ wurden nicht zugelassen, weil auf ihnen gelagt wurde, der Film sei „das erschütternde Filmwerk, die große Antike gegen § 218, bearbeitet nach dem gleichnamigen Schauspiel von Dr. Wolf, Stuttgart“.

Den Kreidestern wurde ein Flugblatt verboten, weil es den Satz enthält „In der Spitze der Republik steht eine Regierung, deren führende Männer Katholiken sind, deren gesamte Mitglieder sich als fromme Christen bezeichnen“. Dieser Satz sei — so hieß es in der Begründung der Beschlagnahme — geeignet, „Behörden und leitende Beamte des Staates in böswilliger Weise verächtlich zu machen“. Schließlich hat der Braunschweiger Nazi-Minister Franz die Notverordnung dazu benutzt, den sozialdemokratischen „Braunschweiger Volksfreund“ für 3 Wochen zu verbieten.

So geht es natürlich nicht weiter!
Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich deshalb veranlaßt gesehen, wegen der Anwendung der Notverordnung und insbesondere wegen ihrer Auswirkung gegen die Sozialdemokratie mündlich und schriftlich beim Reichsminister des Innern, beim Preussischen Ministerium des Innern, bei der Reichsjustiz und beim Preussischen Ministerpräsidenten Beschwerde einzulegen. Diese Beschwerde war begleitet von einer Aufzählung aller bis jetzt der Reichstagsfraktion bekannt gewordenen Einzelfälle.
Jetzt ist es Sache der Reichsbehörden und der Behörden der Länder, zu der Notverordnung so eindeutige Ausführungsbestimmungen zu erlassen, daß Mißgriffe, wie die gekennzeichneten, unmöglich werden. Darüber hinaus werden Reichs- und Landesbehörden darauf zu achten haben, daß bei der Anwendung der Notverordnung stets die politischen Gesichtspunkte beachtet werden, die für ihren Erlass maßgebend gewesen sind, nämlich die Bekämpfung der Nordhege und der politischen Ausschreitungen.
Die sozialdemokratische Partei kann und wird es nicht ertragen, daß die politische Freiheit der Staatsbürger, die sich in erlaubten Formen betätigen, durch eine über das Ziel hinaus schießende Anwendung der Notverordnung beeinträchtigt wird.

Die Verleumdung gegen Landrat Hansmann

Durch einwandfreie Zeugenaussagen die Verlogenheit der Verleumdung erwiesen

Amlich wird mitgeteilt: „Der von dem Minister des Innern zur Aufklärung der gegen den Landrat Hansmann in Schwelm erhobenen Vorwürfe entfaltete Kommissar hat eine große Anzahl von Teilnehmern der Versammlung vom 12. April 1933 eingehend als Zeugen vernommen, darunter mehrere Landjägerbeamte, ein Kreisratsmitglied des Ennepe-Ruhrkreises und zwei Stadtratsmitglieder aus Hattingen. Nach den übereinstimmenden, sehr eingehenden Befragungen dieser durchaus zuverlässigen und glaubwürdigen Zeugen hat Landrat Hansmann die ihm in den Mund gelegten Behauptungen über die deutschen Frontsoldaten nicht getan, insbesondere auch den Ausdruck „belfohene Schweine“ nicht gebraucht, sich vielmehr so geäußert, wie es bisher amtlich bekanntgegeben worden ist. Die Unrichtigkeit des gegen den Landrat erhobenen Vorwurfs ergibt sich weiter aus der Tatsache, daß die von etwa 200 Nationalsozialisten und Stahlhelmlern, sowie etwa 150 Sozialdemokraten besuchte Versammlung sich während der Rede des Kommissars durchaus ruhig verhalten hat, was sicherlich nicht der Fall gewesen wäre, wenn der Landrat wirklich über die deutschen Frontsoldaten beleidigende Ausführungen gemacht hätte. Ferner sei noch bemerkt, daß am Tage nach der Versammlung von der Redaktion der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ sowohl dem Vorsitzenden der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft des Kreisrates des Ennepe-Ruhrkreises wie auch der Redaktion des „Schwelmener Tagesblattes“ auf deren Anfrage hin mitgeteilt worden ist, daß der Ausdruck „Schwein“ anheimelnd nicht von dem Landrat, sondern

erst in der Diskussion von einem Nationalsozialisten gebraucht worden sei. Zur Kennzeichnung der gegen den Landrat Hansmann betriebenen Hege dient die von den Landjägern befundene Tatsache, daß Nationalsozialisten und Stahlhelmler ihre Mitglieder aus dem dortigen Bezirk aufgefordert hatten, möglichst zahlreich zu der Versammlung zu erscheinen, um mit dem Landrat abzurechnen.
Tageblatt hat die sogenannte „nationale“ Presse den Fall Hansmann gegen die Sozialdemokratie ausgeschlachtet und die Vermittler der Herberpolizei in Erregung gehalten. Ja, die riederträchtigen Verleumder haben sich nicht einmal geschämt, in der Sache Hansmann die Hilfe des Reichspräsidenten anzufragen und 76 Menschen zum Meineid zu bewegen, also ins Zuchthaus zu bringen. Jetzt ist die Hege eintief zusammengebrochen. Statt Hansmann werden jene Verleumder auf der Straße, die sich im Kampf gegen die Sozialdemokratie wieder einmal in einen nationalen Mantel hüllten, um damit eine neue Gemeinheit zu verhehlen. Aber schneller als es diese „nationalen Männer“ — Pfui Teufel — sich gedacht haben, ist enthüllt worden, daß sie einen unantastbaren sozialdemokratischen Beamten erliegen wollten, indem sie ihm Worte in den Mund legten, die er nie geäußert und an die er nie gedacht hat.

Ueberraschender Wechsel in Rumänien

Der Antikommunistenführer Nikolas Jorga ist — wie uns aus Bukarest gemeldet wird — zum rumänischen Ministerpräsidenten ernannt worden. Die Ernennung hat allgemeine Ueberraschung hervorgerufen.

Auch Wahltag der französischen Sozialisten

Aber Mißerfolg bei den Gemeindevahlen in Lyon
Paris, 20. April. (Eig. Fundbericht.)
Die Sozialisten haben am Sonntag bei einer Erleichterung der Kammer in Privas für den verstorbenen Abgeordneten Anzerion (Republikaner) ein neues Mandat erobert. Ihr Kandidat Salles wurde im ersten Wahlgang mit einer Mehrheit von 1173 Stimmen gegen den radikalen Kandidaten gewählt.
Bei den Erleichterungen zur Lyoner Stadtratsversammlung waren die Sozialisten weniger glücklich. Im dritten Stadtbezirk wurde an Stelle des verstorbenen sozialistischen Stadtratsverordneten und Abgeordneten Richerand der radikale Führer Herriot, der kürzlich sein Bürgermeisteramt und sein Mandat im ersten Stadtbezirk niedergelegt hatte, mit 318 Stimmen Mehrheit gegen den sozialistischen Kandidaten gewählt. Als sein Nachfolger im ersten Stadtbezirk und als Nachfolger eines verstorbenen radikalen Stadtratsverordneten im gleichen Bezirk wurden ebenfalls radikale Kandidaten gewählt.
Der Kampf zwischen den Radikalen und Sozialisten in Lyon ist damit nicht beendet. Die neue Stadtratsversammlung besteht aus 25 Sozialisten, 25 Republikanern und 7 Nationalisten, so daß die Wahl des Bürgermeisters sehr schwierig sein dürfte.

Frankreichs Gegenprojekt

wird zunächst intern beraten
Paris, 17. April. (Eig. Drahtbericht.)
Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Laval fand am Freitag im Pariser Innenministerium eine Beratung über das Wirtschaftsprojekt statt, das in Genf dem deutsch-österreichischen Volkskomitee entgegengesetzt werden soll. An der Beratung nahmen u. a. Briand, der Handelsminister Kollin, Finanzminister Flandin, Landwirtschaftsminister Tardieu und die Vorsitzenden der Handelskommissionen der Kammer und des Senates teil.
Die geplanten Maßnahmen sollen, wie am Freitag bekanntlich erklärt wird, eine rationellere Organisation der landwirtschaftlichen Produktion in Europa zum Gegenstand haben. Die Meinungen der Pariser Morgenzeitungen vom Freitag, daß die deutsche Regierung von diesem Plan von der französischen Regierung offiziell in Kenntnis gesetzt worden sei, trifft, wie wir aus zuverlässiger Stelle erfahren, nicht zu.

Agitation gegen die Republik weiter zu benutzen. Schon haben sie im ganzen Lande große Plakate verbreiten lassen, auf denen es heißt, daß der preussische Innenminister die angebliche Fälschung als den Tarnnamen entprechtend bestätigt habe. Höher geht die Frechheit und die Niederträchtigkeit jener, die sich immer noch als „national“ bezeichnen, nicht. Aber schließlich werden sie über kurz oder lang in eigenen Kampf erliegen.

Blutiger Sonntag in Hamm

Kommunisten mißhandeln Landjäger, diese schießen / Drei Tote und vier Schwerverletzte

Hamm, 20. April. (Eig. Fundbericht.)
Kommunistische Demonstranten am Sonntag den Verzicht trotz des behördlichen Verbots zu dem, was der im März 1920 bei den Unruhen bei Bestum getöteten 300 Kommunisten zu gelangen, kam es an der Gemarkung von Bestum zu einem schweren Zusammenstoß mit Posten der Landjäger. Alles gütliche Zureden, den Zug aufzulösen, war vergeblich. Als die Landjäger mit dem Gewehr in die Höhe gingen, setzten sich die Kommunisten zur Wehr, indem sie auf die Beamten einwirkten und einfielen. In dieser Situation machten die Posten „Waffengebrauch“. Nach einigen Schüssen in die Luft, die scharf, drei Personen wurden getötet, vier schwer

Der Demonstrationzug, der annähernd 1000 Personen umfaßte, traf nachmittags gegen 3 Uhr an der Bestumer Gemeindegrenze ein. In aller Ruhe forderten die Beamten die Demonstranten auf, aus den Angehörigen der Gefallenen und den Kranzträgern eine Abordnung zum Besuch des Massengrabes zu bilden. Außerdem wurden noch 30 Personen zugelassen, die angeblich als Mitglieder eines Gefangenenvereins an dem Grabe der Opfer des Kapp-Putsch singen zu wollen. Schon schien alles in bester Ordnung, als aus der Abordnung heraus immer wieder der Ruf erklang: „Alles mitkommen!“ Die Landjäger versuchten dennoch ruhig und gütlich auf die Demonstranten einzuwirken und den Demonstrationzug durch gutes Zureden von der Abordnung zu trennen. Die Antwort war, daß die Beamten tätlich angegriffen und mit Stöcken und Laten geschlagen wurden. Fünf wurden durch Stockschläge und Steinwürfe verletzt, einer davon erhielt einen Messerstich in den Kopf. Erst als es bereits so weit war, machten die Beamten von der Waffe Gebrauch. Ohne dem wären sie wahrscheinlich zu Tode geprügelt worden.
Im Anschluß an den Demonstrationzug sollte in Wiechering eine kommunistische Wahlversammlung vor sich gehen. Mit Rücksicht auf die blutigen Vorkommnisse wurde diese Versammlung unter Zuhilfenahme der Schutzpolizei aus Hamm aufgelöst. Diese Aktion ging ohne Widerstand der Versammlungsteilnehmer vor sich.

Volksbegehren mit Hilfe von Fälschungen

Stahlhelmflugblatt ist eine Fälschung — Lügenhafte, eidesstattliche Versicherung eines Stahlhelmmannes — Strafverfahren gegen den Meineidigen

Am 13. November 1918 wurde ein Flugblatt herausgegeben, das den Inhalt enthielt: „Arbeiter, Soldaten, Bauern! Heil dem Reich!“ Es lebe die Republik! Es lebe die Nation!“ auf Grund vorgelegter Beweismittel, nämlich des Originals vom November 1918, einer eidesstattlichen Versicherung des Herausgebers des „Volksblattes“ H. C. Holz usw. trotz fortgesetzter Bedenken, um jeden Vorwurf einer Behinderung der Agitation der Volksbegehren auszuschließen.
Grund neu beigebrachten Materials haben sich nunmehr auch für eine Fälschung ergeben und damit verurteilt die am 13. November 1918 vorgelegten Originals gegen die Fälschung mit Strafermittlungsverfahren, das im ersten Sinne gegen den Herausgeber Holz durchgeführt wurde. Der Angeklagte ist

November 1918 von Matrosen verteilten Aufrufs ist, wie jetzt schon feststeht, nichts weiter, als ein absichtlich abgeriffener oberer Teil eines Flugblattes, dessen Inhalt offensichtlich rechtschaffen und das von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei im Jahre 1920 hergestellt und verbreitet worden ist. Auf diesem Flugblatt ist als Herausgeber Oberberg-Münster, Druck W. G. Mayer, Westphalen angegeben.
Die weitere Verwendung dieser Fälschung richtet sich danach, wie sie sich auf die Verbreiter zurück. Die Preussische Regierung steht lediglich im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der Eintragungssfrist davon ab, das Volksbegehren-Flugblatt Nr. 1 nochmals zu beschlagnahmen.
Die Tatsache der Fälschung wird die Verleumder im „nationalen“ Gemach natürlich nicht abhalten, ihr schmutziges Handwerk weiter zu betreiben und das gefälschte Flugblatt in der

Baumarkt von Breslau und Umgegend

BAUHÜTTE BRESLAU



GEMEINWIRTSCHAFTLICHES GROSSBAUUNTERNEHMEN

Breslauer Aufzug-Fabrik Wilh. Kolbe

Schall & Co. Breslau-Oppeln

Licht-, Kraft-, Radio-Anlagen

Malereigesellschaft m. b. H.

Breslauer Heizungs- u. Installateur-Genossenschaft E. G. m. H.

Sperrhölzer - Furnier Exoten

Marmor Kunststein David & Schubert

Ernst Hetzke, Baugeschäft

Kein Bau ohne gebrannte Ziegell

Paul Handke, Maurer-Meister Hoch- u. Tiefbau

Familien-Anzeigen

Am 17. April, nachmittags 5 Uhr, verschied nach langem, schwerem...

Am 17. April, abends 7 Uhr, entschlief sanft nach langem, schwerem...

Verstorbener der Fabrikarbeiter. Am 17. April verstarb unser Mitglied...

Am Freitag, 17. April, verstarb unser Genosse Wilhelm Vogelweida...

Danksagung. Für die überaus vielen Beweise herzlicher Teilnahme...

STADTTHEATER Montag, 19.30 bis gegen 23 Das Beilagen vom Realmaire...

LOBETHEATER Täglich, 20.15 bis vor 23 Der Hauptmann von Süsskind

THALIATHEATER Täglich, 20.15 bis vor 22 Grand-Hotel!

Schauspielhaus Ruit 56 503 Heute Montag, den 20., Dienstag, den 21., Mittwoch, den 22., Donnerstag, den 23. und Freitag, den 24.

Abranovic in Franz Lehars Meisterwerk Das Land des Lächelns

AKAZAR THE TASCHESTRASSE 31 und BROADWAY GARTENSTR. 65 VERGNÜGLINGS-VARIÉTÉ-TANZ-PALASTE.

Dieser Koffizierapparat in ganz modern. Antikler. Gr. 31,5x30,5x14,5...

DEUTSCHE BANK UND DISCONTO-GESELLSCHAFT Bilanz am 31. Dezember 1930. Aktiva, Passiva, Gewinn- und Verlustrechnung am 31. Dez. 1930

Schlesische Philharmonie großer Konzerthausaal Montag, den 20. April, 20 Uhr Maria Müller

Das neue Buch von Erich Maria Remarque Der Weg zurück (erscheint am 30. April)

DRUCKSACHE BERÜCKSICHTIGEN INDUSTRIE UND HANDEL...

Lebensbilder erzählt von Willy Cohn

Küchen Anzüge, Kellner-Anzüge

Hallenschwimmbad Schwimmkarten Für die Sommer- und Ferienmonate geben wir Monats...

Anruf! An alle werktätigen Freunde! Warum haben Sie sich noch nicht eingezeichnet?

Breslauer Nachrichten
Außerordentliche
Vertreterversammlung

Der Vorstand ruft für Montag, den 27. April 1931, eine außerordentliche Vertreterversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau im Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17, großer Saal, ein.

Tagesordnung:

Der Reichsparteitag. Referent: Genosse Kurt Rosenfeld, Berlin.
Sprache:
Beratung der zum Reichsparteitag vorliegenden Anträge.
Wahl der Delegierten zum Reichsparteitag.
Anträge außerhalb der veröffentlichten Tagesordnung, die Vertreterversammlung zur Beratung kommen sollen, müssen vor Sitzfinden der Vertreterversammlung dem Vorberichter vorgelegt werden (§ 18 des Statuts).

Frauenversammlungen

Montag, den 20. April, 20 Uhr

- Abteilung, Innere Stadt (Distrikte 19 und 34): im Rugh-Schmiedebrücke. Referent: Toni Zimmer. Thema: "Kinderarbeit".
Abteilung Streblener Tor (Distrikte 36, 37, 40): bei Post, Straße 19. Referent: Irma Schwarze. Thema: "Frauen bei der öffentlichen Frauenversammlung, Mittwoch, 2. April, in der Bratislavia, Mauritiusplatz."
Abteilung Oeder (Distrikte 16, 17, 20, 45, 51, 52, 53): im Alter, Kleinschulstraße. Referent: Olga Wenzel. Thema: "Genossin Felle gibt den Bericht über den Bezirksparteitag, Distrikt 6: in der Bratislavia, Märkische Straße. Referent: Felle. Thema: "Schule und politische Tagesfragen".
Distrikte 10, 11, 12: bei Joppmüsel, Hefenstraße. Referent: Frau Oppler und Kneißl.
Distrikt 22: Die Frauen beteiligen sich vollständig an der öffentlichen Frauenversammlung am Freitag, dem 24. April, im Alter, Kleinschulstraße.
Distrikt 24: bei Wolff, Hedwigstraße 15. Referent: Genossin Felle. Thema: "Kind und Arbeiterfrau".
Distrikte 23, 25: bei Wittner, Hefenstraße 28. Referent: Felle. Thema: "Unser Kampf gegen die Abtreibungsoperationen".
Distrikt 27: bei Jenke, Ofener Straße 2. Referent: Felle.
Distrikt 38: im Hennig-Aushaus, Fürstenstraße. Referent: Felle. Thema: "Spanien und der Kampf gegen § 218".
Distrikte 13, 14: bei Wally, Bekendstraße.

Die "Schwarze Fahne" im Landgericht

Der Landwirt Förster-Buchwald Vollziehungsbeamte empfängt
Im vergangenen Mittwoch vormittag gab es im Landgericht ... Hunderte von Menschen wollten um jeden Preis ...

Massenfundgebung der Kriegssopfer gegen die andauernden Verschlechterungen der Versorgung und Fürsorge

Eine einzige gewaltige Anklage gegen den Krieg war die große Kundgebung der Kriegssopfer des Weltkrieges, die am Sonntag vormittag im Zirkus Busch-Gebäude abgehalten wurde. Schon lange vor Beginn der Versammlung war der weite Raum derart überfüllt, daß die Polizei zur Absperung schreiten mußte.

Im Zirkus Busch sprach Kamerad Rechtsanwalt Dr. Wolfberg-Hamburg. Er wies einleitend auf die zahlreichen bitteren Enttäuschungen hin, die die Kriegssopfer in den letzten Jahren erlebten. Der neue angebrochene Eingriff in die wohlverordneten Rechte ist aber so ungeheuerlich, daß sich der Bund jetzt an die große Öffentlichkeit wenden muß.

Ist doch nicht nur geplant, die 30- bis 40prozentigen Kriegsbeschädigten aus der Versorgung herauszunehmen, sondern es besteht auch die Absicht, die Renten allgemein um 10 Prozent zu kürzen.

Der Redner ging sodann auf die Heftigkeit des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns ein, der bei der Beratung der fünften Novelle zum Reichsversorgungsgesetz im Jahre 1927 erklärte, daß die Versorgung der Kriegssopfer mit der Minderung des Reichsversorgungsgesetzes nicht als abgeschlossen betrachtet werden könne.

Trotzdem sind seit dieser Zeit keine Verbesserungen, wohl aber außerordentlich viel Verschlechterungen auf dem Gebiete der Kriegssopferversorgung erfolgt. 32 Millionen Mark, die im Jahre 1928 bei der Hinterbliebenenversorgung eingepart waren, wurden nicht - wie erwartet - zum weiteren Ausbau der Versorgung verwendet, sondern für andere Zwecke ausgegeben.

Der Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter für das Jahr 1931 sieht eine Gesamtausgabe von rund 1,6 Milliarden Mark vor. Davon entfallen jedoch an Ausgaben für die Versorgung der alten Wehrmacht nur 1,3 Milliarden Mark.

Mit der Notverordnung vom 26. 7. 1930 wurden Grundrechte der Versorgung aufgehoben, schematische Sperren für Neuanträge von Kriegssopfern eingeführt, der Rechtsweg abgeschafft, der Rechtsanspruch auf kostenlose Heilbehandlung teilweise beseitigt und die Fürsorge aufgehoben.

Förster war mit den Gemeindesteuern im Rückstand. Der Gemeindesteuerschlichter bekam deshalb den Auftrag zur Pfändung. Am 8. Dezember 1930 kam er mit zwei Landjägern auf die 290 Morgen umfassende Besitzung des Försters.

„Was willst du, Lump, du Bagabund. Bist du noch nicht draußen. Ich ersticke dich mit der Mistgabel. Bei der nächsten Revue bist du der erste, der an den Galgen kommt!“

Für den Angeklagten, der sich ja nicht äußern wollte, erklärte der Verteidiger, daß sich Förster in „sehr großer Aufregung“ befunden habe. Erst wenige Wochen zuvor seien ihm mehrere Stücke Jungvieh geschenkt worden und jetzt hätte er vor der Pfändung das Geld angeboten, doch sei die Annahme verweigert worden.

Der Staatsanwalt berücksichtigte zwar die „Not der Landwirtschaft“, doch sei das Auftreten des Angeklagten sonst durch nichts gerechtfertigt, da der Beamte ja nur seine Pflicht tat. Er beantragte 150 Mark Geldstrafe.

Was hätte wohl ein Arbeiter bekommen, der sich einem Vollziehungsbeamten gegenüber oder auf dem Finanzamt benehmen würde?

im Rechtsverfahren ihre Ansprüche auf Versorgung geltend zu machen.

Nicht genug damit, wurden durch Erlasse des Reichsarbeitsministers geistlich gewährleistete Rente-Ansprüche und im Reichsversorgungsgesetz begründete Leistungen aufgehoben.

Dieser von der Öffentlichkeit kaum beachtete und unerhörte Abbau der Versorgung und Fürsorge hat unter den Kriegssopfern eine gewaltige Erbitterung ausgelöst. Diese Erbitterung ist zur Empörung gesteigert worden, als neue Pläne bekannt wurden, die dahin lauten, durch neue Notverordnungen allgemeine Rentenkürzungen vorzunehmen.

Die Kriegssopfer appellieren nunmehr an das öffentliche Gewissen. Sie können nicht glauben, daß ihre dem Volksganzen dargebrachten ungeheuren Blutopfer in Vergessenheit geraten sollten. Oder sollte man doch vergessen haben, daß von 13 Millionen Männern, die Deutschland 1914-1918 unter den Fahnen hatte, 2 Millionen ihr Leben gelassen haben, und 4 Millionen erblindet in den Kämpfen verwundet worden sind?

Wenn das an den Kriegssopfern seit Jahren begangene Unrecht nicht noch vergrößert werden soll, muß allen Nothmaßnahmen ein schnelles Ende bereitet werden.

Die Reichsregierung kann nicht einbringlich genug davor gewarnt werden, durch Notverordnung die geringen Renten anzugreifen. Jetzt möge auch sie dafür sorgen, daß sie nicht ganz der Verelendung anheim fallen.

Entschließung

Die im Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen organisierten 45.000 Kriegssopfer aus den Provinzen Nieder- und Oberbayern haben zu der am 19. April 1931 nach Breslau ins Zirkus-Busch-Gebäude einberufenen Massenfundgebung Tausende von Delegierten entsandt, die mit höchster Entrüstung von der Gefahr Kenntnis genommen haben, daß erneut Verschlechterungen der Versorgung und Fürsorge in Aussicht stehen.

Die Unzulänglichkeit der bisherigen Kriegssopferversorgung ist von allen bisherigen Reichsregierungen nicht in Abrede gestellt worden.

Die erlassene Notverordnung und Sparernlassen haben die Not in zahlreichen Familien der Kriegssopfer bis zu einem Grade gesteigert, der nicht noch zu überbieten ist. Selbstmorde und eine außerordentliche Sterblichkeitsziffer in den Reihen der Kriegssopfer sind Tatsachen, die eine besondere Sprache reden, und die Opfer des Krieges stellen in gerechter Erbitterung fest, daß es den Anschein erweckt, als seien sie unangenehme Gläubiger des deutschen Volkes.

Sollte die Regierung des deutschen Reiches an der Versorgung der Kriegssopfer weitere Abbau- und Droßelungsmaßnahmen verfügen, dann ist damit der Versorgung und Fürsorge jede Grundlage entzogen, eine auch nur einigermaßen hinreichende Existenzgrundlage der Kriegssopfer zu sein.

Insbesondere protestieren die versammelten Kriegssopfer gegen jeden Abbau der Renten auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes, sei es durch gesetzliche, sei es durch schematische Rentenkürzung, sei es durch Verdrängung der Dreifach- und Vierzigprozentigen aus der Versorgung.

Mit einem dreimaligen Hoch auf den Reichsbund wurde die machtvolle Kundgebung geschlossen und unter den Klängen der Internationale leerte sich langsam der weite Raum.

Stenotypistin erschießt sich

In der Wohnung ihrer Eltern in der Alexiststraße hat sich in der Nacht zum Sonntag die vierundzwanzigjährige Stenotypistin Erna J. durch einen Kopfschuß schwer verletzt, mußte in das Elisabethinen-Krankenhaus geschafft werden und ist dort an den Folgen der Verletzung gestorben.

Silberhochzeit feiert heute Genosse Hermann Witel, Gräbischer Straße 84, mit seiner Ehefrau. Genosse W. ist langjähriges Partei- und Gewerkschaftsmitglied. Wir gratulieren!

Drei Schönheitsfehler des Mundes

1. Der Zahnstein
Obwohl des Speichels ähnlich wie der Restfließ des Wassers. Er enthält eine gewisse Menge an kohligen Substanzen, die sich an den Zähnen anlagern und ein häßliches ungesundes Aussehen ...

2. Misfarbener Zahnbelag
hervorgehoben durch starkes Rauchen von Zigaretten und Zigarren ist weniger schädlich, aber ein um so auffälligerer Schönheitsfehler des Gesichtes. Wie entfernt man Zahnstein und Zahnbelag? ...

3. Übler Mundgeruch
als Folge mangelhafter Zahnpflege macht sich weniger dem Laien Betroffenen als seiner näheren Umgebung bemerkbar. ...

Chlorodont-Zahnpaste Tube 54 Pf. und 90 Pf. Chlorodont-Zahnbürsten 1 Mark, für Kinder 60 Pf. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1 Mark und 2 Mark.

Tischlermeister gegen Holzarbeiterverband

Kampfmaßnahmen gegen die Innungsmeister-Proklamationen Die Nazis als Streikbrechergarde

In der Vollziehung des UDB. Breslau sprach am Freitag abend auch der Gauleiter des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Kollege Kohl, über die seitens der Innungsmeister eingeleitete Aktion gegen den Verband...

„Keine organisierten Tischlergesellen beschäftigen!“ Auf Beschwerde beim Handelsministerium wurde der Regierungspräsident angewiesen, der Innung klar zu machen, daß diese Parole als ein Verstoß gegen die Gewerbeordnung zu betrachten ist...

„Kein im Deutschen Holzarbeiterverband organisierter Geselle wird beschäftigt!“

Gegenüber dieser Provokation mußte der Verband die Tischlermeister wissen lassen, daß auch er nun zur Offensive übergehen werde. Die Hege in ihren Blättern, die sich so weit verstreut, daß von der Sozialdemokratischen Partei als von einer „Kraut- und Rübenpartei“ gesprochen wird...

„Keinen Schlag Arbeit den schließlichen Tischlermeistern!“

Kollege Kohl wies darauf hin, daß der Verband mit der freien Vereinnungung der Arbeitgeber in der Holzindustrie zu einer Vereinbarung gekommen ist. Jeder Verbraucher, jede Organisation, die Tischlerbedarf hat, soll und muß sich mit der Ortsverwaltung des Verbandes in Verbindung setzen...

Auch die Vertreter der Arbeiterschaft in den öffentlichen Körperschaften und Bauabteilungen werden bei Vergabe von Arbeiten ihr ganzes Augenmerk darauf zu richten haben, daß nur Firmen berücksichtigt werden, die mit solchen Methoden nicht operieren...

Die beifällig aufgenommenen Ausführungen wurden durch Kollegen Ruffert noch ergänzt, der darauf verwies, daß das Vorgehen mit einem Verstoß gegen verfassungsmäßige Rechte gleichzustellen ist und der Kampf der Tischler und des Holzarbeiterverbandes zu einem Kampf der gesamten Arbeitnehmerschaft gemacht werden muß...

Das Notwendigste zuerst

Ein harter Winter ist vorüber und der Frühling steht vor der Tür — aber noch kein Frühling der Wirtschaft. Auf dem Arbeitsmarkt hat zunächst nur die selbstverständliche saisonale Entlastung eingeseht. Wie Welt ist sich darüber klar, daß auch das Jahr 1931 ein sehr hartes Jahr sein wird...

Arbeitszeit, Knappheit und Arbeitslosenunterstützung — die Bedeutung und den Ernst dieser Fragen braucht man nicht mehr hervorzuheben. In allen diesen Fragen muß die Regierung nun endlich zeigen, ob sie nicht nur für die Agrarier, sondern auch für die breiten Massen der Lohnarbeiter etwas übrig hat...

Allen Anschein nach will sich die Regierung in der Arbeitszeitfrage von den Freigängern überholen lassen; denn wir haben ja bereits mitten in einer Periode der massenhaften Verkürzung der Arbeitsdauer...

mehr zu, und ein andermal behaupten sie, die Arbeitszeitverkürzung sei nicht durchführbar; denn sie werde „wirtschaftlich unabsehbaren Schaden anrichten“. Tatsächlich hat es sich bei dem Widerstand der Arbeitgeber gegen die Arbeitszeitverkürzung von Anfang an um nichts anderes gehandelt als um die Sicherung des Lohnabbaus...

Auch die Regierung wollte von Anfang an nur deswegen nicht an die Arbeitszeitverkürzung heran, weil sie den Lohnabbau durchführen wollte. Mit diesem Lohnabbau hat sie volkswirtschaftlich bis daneben gehauen. Vielleicht bereut sie ihn...

Arbeitslose geht nicht nach Oesterreich

Auf der Suche nach Arbeit kommen viele Reichsdeutsche, die meistens ihr Glück in Jugoslawien oder auf dem Balkan vergeblich probiert haben, auch nach Oesterreich...

dort der Arbeitsmarkt ebenfalls außerordentlich belastet vor einer planlosen Arbeitsuche in Oesterreich seinen Nachbarstaaten dringend gewarnt.

In Holland streiken 600 Textilarbeiter

In dem Arbeitskonflikt bei der holländischen Textilfirma Nico ter Huize u. Söhne, wo 600 Arbeiter die Arbeit niedergelegt haben, ist eine Schärfung eingetreten. Der Fabrikantenverband hat der Unterföhrung zugestimmt...

Bauarbeiterkongress am 8. und 9. Juni in Berlin

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschloß, für den 8. und 9. Juni einen Bauarbeiterkongress nach Berlin einzuberufen...

Ruhrbergarbeiter zur Knappheitsfrage

Scharfe Entschliebung gegen die Regierung Sofortige Hilfe für die Knappheit gefordert

Bochum, 20. April. (Eig. Funkbericht.) Eine Vertreterkonferenz des Bergbauindustriearbeiterverbandes, Bezirk Ruhrgebiet, nahm am Sonntag in Bochum zur Knappheitsfrage folgende Entschliebung an:

„Die am 19. April in Bochum versammelten Vertreter des Bergbauindustriearbeiterverbandes aus dem Ruhrgebiet bringen zum Ausdruck, daß die bisherige Haltung der Regierung zur Sanierung der Knappheit die Bergarbeiter schwerstens enttäuscht und maßlos erbittert hat.“

Der Reichsbund der Kriegsbeschäftigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen veranstaltete am Sonntag im ganzen Reich große Protestkundgebungen gegen die Kürzung der Invaliden- und Hinterbliebenenrente. In Berlin nahmen etwa 15 000 Personen an der Kundgebung teil...

knappheit und maßlos erbittert hat. Trotz der Zusagen, die Bergarbeitervertretern in der Hauptversammlung der Knappheit gemacht worden sind, haben bis jetzt weder Regierung noch Reichstag die entscheidenden Maßnahmen zur Beseitigung knappheitsfähiger Finanznot unternommen...

Verwaltungsratsstagnung des Internationalen Arbeitsamtes

Am Sonnabend trat der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes zu seiner 52. Tagung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen neben der Behandlung des Budgets für 1932 zahlreiche Berichte über Spezialfragen einzelner Berufsgruppen...

Das Normanprojekt

Rationalisierung der internationalen Kapitalmärkte — Aufschliebungserbeiten auf dem Wege zur Reorganisation der überseeischen Rohstoffwirtschaften — Um den französischen Geldmarkt

Die Zerrüttung in der Weltwirtschaft geht unter anderem auf eine ungewöhnliche Verteilung des Kapitals zurück, und zur Ueberwindung der fürchterlichen Weltwirtschaftskrisis hat man immer wieder empfohlen, Kapital aus solchen Ländern, die Kapitalüberschuß haben und wo das Geld nach Beschäftigung sucht, nach solchen Ländern überzuleiten...

solche Länder werden Deutschland, die osteuropäischen Staaten und die großen Rohstoffländer, Australien, Argentinien und Brasilien, genannt. Schon Mitteilungen beweisen, wie eng das Normanprojek mit Problemen der Weltwirtschaftskrise verknüpft ist.

Es hat wieder einmal Ausbruch in einem Projekt gefunden, das den Namen des Präsidenten der Bank von England, Norman, trägt. Norman hat vor kurzem eine Reise nach Nordamerika unternommen, und ohne Zweifel wird er das Projekt einer internationalen Kreditbank mit amerikanischen Finanziers besprechen haben...

In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß die Mitarbeiter Normans in der Leitung der Bank von England Sir Robert Kindersley und Sir Charles Abbas, beide mit englischen Bankinstituten verknüpft, sich für das Projekt internationaler Kreditbank einsehen...

Der Schwerpunkt dieses durchaus vernünftigen Projekts zu dem sich Deutschland nur positiv einstellen kann, liegt in der Frage, wie man die notwendigen Kapitalien beschaffen will. Die Bank soll vorläufig ein Kapital von 400 Millionen Mark erhalten. Dieses Geld hätten die großen Bankinstitute aufzubringen...

Gegenüber den genannten Aufgaben der internationalen Kreditbank auf dem Balkan ist zu erwähnen, daß Frankreich seit längerer Zeit in der Schweiz, allerdings durch die Bankinstitute, den Versuch gemacht hat, sich an die Finanzierung der Aufschliebungserbeiten auf dem Balkan zu wagen...

